

37 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XIX. GP

Nachdruck vom 16. 12. 1994

Regierungsvorlage

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Moldova über die bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen

Die Republik Österreich und die Republik Moldova, im folgenden „Vertragsparteien“ genannt, sind

- vom Wunsche geleitet, die bestehenden bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen zu verstärken,
 - im Bestreben, den Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils zu fördern,
 - in der Überzeugung, daß das vorliegende Abkommen eine günstige Voraussetzung und geeignete Grundlage zur Weiterentwicklung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen schafft,
 - ausgehend von marktwirtschaftlichen Grundsätzen,
 - im Rahmen der in beiden Staaten geltenden Rechtsvorschriften,
- wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Vertragsparteien werden im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften ihre bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen den Unternehmen, Organisationen, Gesellschaften und Institutionen, im folgenden „Unternehmen“ genannt, beider Staaten erleichtern und fördern.

Artikel 2

(1) Die Republik Österreich und die Republik Moldova behandeln einander nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung hinsichtlich der Zölle und sonstigen Abgaben sowie des Erhebungsverfahrens für solche Zölle und sonstige Abgaben, die anlässlich der Einfuhr oder Ausfuhr von Waren erhoben werden.

(2) Die Vertragsparteien stimmen überein, daß die Meistbegünstigung sich insbesondere nicht auf Zugeständnisse, Vorteile oder Befreiungen bezieht, die eine der Vertragsparteien gewährt oder gewährt wird:

- a) Nachbarstaaten zur Erleichterung des Grenzverkehrs,
- b) Staaten, die mit ihr einer Zollunion oder einer Zone des freien oder präferentiellen Handels angehören, die bereits besteht oder in Zukunft geschaffen wird,
- c) Drittstaaten in Anwendung multilateraler Abmachungen, an denen die andere Vertragspartei nicht teilnimmt.

Artikel 3

(1) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer Möglichkeiten und der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit fördern.

(2) Die Vertragsparteien stimmen überein, daß insbesondere in folgenden Bereichen Kooperationsmöglichkeiten gegeben sind:

- Gründung von Gemeinschaftsunternehmen und Direktinvestitionen; Niederlassungen und Handelsvertretungen,

- Technologie- und Know-how-Transfer, angewandte Forschung, Normen- und Richtlinienwesen, industrielle Dienstleistungen,
- Land- und Forstwirtschaft, Agrar- und Forsttechnik, landwirtschaftliche Maschinen und Ausrüstungen,
- Agro- und Lebensmittelindustrie; Verarbeitung und Lagerung landwirtschaftlicher Produkte einschließlich Verpackungsindustrie,
- Revitalisierung, Modernisierung, Ausbau, Automation bestehender Anlagen und Industrien einschließlich Rüstungskonversion,
- Leichtindustrie; Textilindustrie einschließlich Bekleidungsindustrie, Schuh- und Lederindustrie,
- Holzbe- und -verarbeitende Industrie, Papier- und Zelluloseindustrie,
- Haushaltstechnik und elektrische Geräte,
- elektronische und elektrotechnische Industrie,
- Metallurgie und metallverarbeitende Industrie,
- chemische Industrie einschließlich Erzeugung von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln, Produktion und Vermarktung von Chemikalien,
- Aufsuchung, Gewinnung, Be- und Verarbeitung, Vermarktung von mineralischen Rohstoffen einschließlich Zusammenarbeit auf Drittmärkten,
- Aufsuchung, Gewinnung, Be- und Verarbeitung, Transport und Vermarktung von Energieträgern,
- Ausbau und Revitalisierung des Kraftwerks- und Hochspannungsleitungsnetzes sowie der Erdgas- und Erdölleitungsnetze; Energielieferungen,
- Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz,
- Bauindustrie; Herstellung von Baumaterialien einschließlich Ausrüstungen,
- Gesundheitswesen, medizinische und pharmazeutische Industrie,
- finanzielle und Bankdienstleistungen,
- Berufsausbildung und Managementschulung,
- Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen, Seminaren, Symposien, Konferenzen, Austausch von Wirtschaftsmissionen und Experten,
- Austausch von juristischen, wirtschaftlichen, statistischen und technischen Informationen, Dokumentationen, Publikationen, Lizenzen, Patenten, ua.,
- Zusammenarbeit auf Drittmärkten.

(3) In allen Bereichen der Zusammenarbeit sollen die Projekte grundsätzlich nach den höchsten Standards der Umwelttechnologien verwirklicht werden.

Artikel 4

Die Vertragsparteien werden im Bewußtsein der Notwendigkeit der Verwirklichung wirtschaftlich vernünftiger und ökologisch vertretbarer Infrastruktursysteme höchstes Interesse der Zusammenarbeit in folgenden Bereichen widmen

- Energie,
- Telekommunikation,
- Straßenbau,
- Recycling und Abfallverwertung,
- Transportwesen,
- Eisenbahn,
- Luftfahrt,
- Schifffahrt,
- Hafenwirtschaft,
- Wasserwirtschaft.

Artikel 5

Die Vertragsparteien stimmen überein, daß der Tourismus zur Vertiefung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen wesentlich beitragen kann.

(1) Im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften und auf Grundlage der Empfehlungen der Konferenz der Vereinten Nationen über den Fremdenverkehr und die internationalen Reisen, Rom 1963, und der „Tourismus-Charta und Touristencode“, Sofia 1985, werden beide Vertragsparteien den Tourismus fördern.

37 der Beilagen

3

(2) Die wirtschaftliche, technische, technisch-wissenschaftliche und fachliche Zusammenarbeit bei Tourismusprojekten sowie beim Ausbau der entsprechenden Infrastruktur soll nach den Grundsätzen des Umweltschutzes erfolgen und auf Qualität im Tourismus bedacht sein.

Artikel 6

Die Vertragsparteien stimmen überein, daß der Abschluß eines „Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Moldova über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen“ zur Intensivierung der Außenwirtschaftsbeziehungen der Unternehmen beider Staaten besonders beitragen könnte.

Artikel 7

Der Zahlungsverkehr zwischen der Republik Österreich und der Republik Moldova erfolgt in Übereinstimmung mit den in jedem der beiden Staaten jeweils in Kraft stehenden Rechtsvorschriften in frei konvertierbarer Währung.

Artikel 8

(1) Der Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens wird auf kommerzieller Grundlage durchgeführt.

(2) Der Handel zwischen den Unternehmen beider Staaten erfolgt zu marktgerechten Preisen.

Artikel 9

(1) Die Vertragsparteien nehmen Konsultationen auf, sobald eine Ware im Handel zwischen den Vertragsparteien in solchen Mengen oder zu solchen Preisen oder unter solchen Bedingungen eingeführt wird, daß den inländischen Herstellern gleichartiger oder unmittelbar konkurrierender Waren eine schwerwiegende Schädigung verursacht wird oder verursacht zu werden droht.

(2) Stellen die Vertragsparteien in diesen Konsultationen einvernehmlich fest, daß eine im Abs. 1 genannte Situation besteht, so werden die Ausfuhren beschränkt oder andere Maßnahmen getroffen, um eine Schädigung zu verhüten oder zu beseitigen.

(3) Erzielen die Vertragsparteien keine Einigung, so steht es der Vertragspartei, welche die Konsultationen beantragt hat, frei, die Einfuhren der betreffenden Waren soweit und so lange zu beschränken, wie dies zur Verhütung oder Beseitigung der Schädigung erforderlich ist. Der anderen Vertragspartei steht es dann frei, von ihren Verpflichtungen gegenüber der ersten Vertragspartei für ein im wesentlichen gleichwertiges Handelsvolumen abzuweichen.

(4) In Fällen, in denen ein Aufschub einen schwerwiegenden Schaden verursachen würde, können vorläufige Maßnahmen ohne vorherige Konsultationen getroffen werden. In diesem Fall setzt jene Vertragspartei, die die vorläufigen Maßnahmen ergriffen hat, die andere Vertragspartei davon unverzüglich und schriftlich in Kenntnis. Danach sind sofort Konsultationen aufzunehmen.

(5) Bei der Auswahl von Maßnahmen nach diesem Artikel bevorzugen die Vertragsparteien Maßnahmen, die das Weiterfunktionieren dieses Abkommens am wenigsten beeinträchtigen.

Artikel 10

Die Vertragsparteien erkennen die Nützlichkeit und Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an den bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen an.

Artikel 11

(1) Die Vertragsparteien empfehlen den Unternehmen zur Streitbeilegung primär freundschaftliche Lösungen im beiderseitigen Einvernehmen.

(2) Im Rahmen der in beiden Staaten geltenden Rechtsvorschriften und auf Grund der vertraglichen Vereinbarungen zwischen den Unternehmen fördern die Vertragsparteien

- a) die Regelung von Streitfragen zwischen Unternehmen im Zusammenhang mit Handels- und Kooperationsgeschäften sowie bei der Gründung von Gemeinschaftsunternehmen und Direktinvestitionen der Vertragsparteien durch Schiedsgerichte,
- b) die Anwendung der von der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL) ausgearbeiteten Schiedsregeln und die Einschaltung eines Schiedsgerichts eines Unterzeichnerstaates des 1958 in New York geschlossenen Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche.

2

Artikel 12

Die während der Geltungsdauer des vorliegenden Abkommens von den Unternehmen beider Staaten übernommenen Rechtsverbindlichkeiten bleiben vom Ablauf oder einer Änderung des vorliegenden Abkommens unberührt.

Artikel 13

(1) Mit dem vorliegenden Abkommen wird eine „Gemischte Kommission“ errichtet, welche auf Wunsch einer der beiden Vertragsparteien abwechselnd nach Österreich oder nach Moldova einberufen wird.

- (2) Zu den Aufgaben dieser Gemischten Kommission gehören insbesondere:
- a) Erörterung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen,
 - b) Aufzeigen neuer Möglichkeiten zur Förderung und Entwicklung der zukünftigen außenwirtschaftlichen Zusammenarbeit,
 - c) Erstellung von Vorschlägen zur Verbesserung der Bedingungen der wirtschaftlichen, industriellen, technischen und technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen beider Staaten,
 - d) Unterbreitung von Empfehlungen zur Anwendung dieses Abkommens.

Artikel 14

(1) Mit Rechtswirksamkeit der Teilnahme einer Vertragspartei oder beider Vertragsparteien am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) oder des Beitritts zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) oder einer dieser nachfolgenden Organisation sind die Vertragsparteien durch dieses Abkommen insofern nicht gebunden, als dies mit dem sich dadurch ergebenden Rechtsbestand unvereinbar ist.

(2) In diesem Fall werden die Vertragsparteien gemeinsam die weitergeltenden Bestimmungen des vorliegenden Abkommens feststellen.

Artikel 15

(1) Dieses Abkommen wird für die Dauer eines Jahres abgeschlossen und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf seiner Gültigkeit von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt wird.

(2) Das vorliegende Abkommen tritt mit dem ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß ihre jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Abkommens erfüllt sind.

Geschehen zu Wien, am 18. März 1993, in zwei Urschriften, jeweils in deutscher und rumänischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

Wolfgang Schüssel

Für die Republik Moldova:

Andrej Cheptine

A C O R D

ÎN TRE REPUBLICA AUSTRIA ȘI REPUBLICA MOLDOVA
PRIVIND RELAȚIILE ECONOMICE EXTERNE BILATERALE

Republica Austria și Republica Moldova, denumite în continuare
"Părți Contractante"

- animate de dorința de a consolida relațiile economice externe bilaterale,
- năzuind să promoveze schimburile de mărfuri și cooperarea economică, industrială, tehnică și tehnico-științifică pe baza egalității și avantajului reciproc,
- fiind convinse că prezentul Acord creează premise favorabile și o bază adecvată pentru dezvoltarea în continuare a relațiilor economice externe bilaterale,
- pornind de la principiile economiei de piață,
- în cadrul prevederilor legale în vigoare în cele două state,

au convenit următoarele:

.12

A r t i c o l u l 1

Părțile Contractante vor facilita și promova, în cadrul prevederilor lor legale în vigoare, relațiile economice externe bilaterale între întreprinderile, organizațiile, societățile și instituțiile din cele două state, denumite în continuare "întreprinderi"

A r t i c o l u l 2

- (1) Republica Austria și Republica Moldova își acorda reciproc clauza națiunii celei mai favorizate în privința tarifelor vamale și a altor taxe, precum și a procedurii de percepere a unor asemenea tarife și taxe, care vor fi percepute cu ocazia importului sau exportului de mărfuri.
- (2) Părțile Contractante convin că clauza națiunii celei mai favorizate nu se referă în special la concesiile, avantajele și exceptările pe care una din Părțile Contractante le acordă sau le va acorda:
- a) statelor vecine pentru facilitarea traficului de frontieră,
 - b) statelor care participă, împreună cu ea, la o uniune vamală sau la o zonă de comerț liber sau preferențial, care există deja sau care va fi creată în viitor,
 - c) statelor terțe, ca urmare aplicării convențiilor multilaterale, la care cealaltă parte nu participă.

A r t i c o l u l 3

- (1) În cadrul posibilităților lor, conform prevederilor în vigoare în statul respectiv, Părțile Contractante vor promova cooperarea în domeniile economic, industrial, tehnic și tehnico-științific.
- (2) Părțile Contractante convin că în următoarele domenii există posibilități deosebite de cooperare:
- constituirea de întreprinderi mixte și efectuarea de investiții directe, constituirea de filiale și a reprezentanțelor comerciale,
 - transferul de tehnologii și de know-how, cercetare aplicată, standardizare și acordarea de servicii industriale,
 - agricultura și silvicultura, tehnica agricolă și silvică, mașini și utilaje agricole,
 - agroindustria și industria alimentară, prelucrarea și înmagazinarea produselor agricole, inclusiv industria de ambalaj,
 - reconstruirea, modernizarea, extinderea, automatizarea industriei și utilajului, inclusiv conversiunea industriei militare,
 - industria ușoară, textilă, de confecții, de tricotaje, de încălțăminte și pielărie,
 - industria de prelucrare a lemnului, a hirtiei și celulozei,
 - tehnica de uz casnic și aparate electrice,
 - industria electronică și electrotehnică,

- industria metalurgică și prelucrătoare de metale,
- industria chimică, inclusiv producția îngrășămintelor minerale și a mijloacelor de protejare a plantelor, precum și producția și comercializarea produselor chimice,
- explorarea, exploatarea, prelucrarea și comercializarea materiilor prime minerale inclusiv colaborarea pe terțe piețe,
- explorarea, exploatarea, prelucrarea, transportarea și comercializarea a factorilor de energie,
- extinderea și reconstruirea centralelor electrice, rețelilor de înaltă tensiune, a instalațiilor de gaz natural și țiței, precum și furnizarea de energie,
- protecția mediului înconjurător, a naturii și a specificului regional,
- industria de construcție, producția materialelor de construcție, inclusiv de utilaje,
- ocrotirea sănătății, industria medicinală și farmaceutică,
- prestări de servicii financiare și bancare,
- pregătirea profesională și școlarizarea managerială,
- organizarea și desfășurarea de târguri, expoziții, seminarii, simpozioane, conferințe, schimburi de delegații economice și experți,
- schimbul de informații cu caracter juridic, economic, statistic, de documentații, de publicații, de licențe, brevete etc.
- colaborarea pe piețe terțe.

- (3) Proiectele trebuie să se realizeze din principiu în toate domeniile de colaborare conform celor mai înalte standarde ale tehnologiilor de protecție a mediului înconjurător.

37 der Beilagen

9

- 5 -

A r t i c o l u l 4

Reieşind din necesitatea creării unor sisteme de infrastructură economic avantajoase și ecologic sigure, Părțile Contractante au convenit să acorde o atenție deosebită colaborării în următoarele domenii:

- energie,
- telecomunicații,
- construcția de drumuri,
- reciclarea și valorificarea deșeurilor,
- transport,
- comunicații feroviare,
- comunicații aere,
- navigație,
- gospodăria portuară,
- gospodăria apelor.

A r t i c o l u l 5

Părțile Contractante sînt de acord că turismul poate contribui în mod substanțial la aprofundarea relațiilor economice externe bilaterale.

- (1) În cadrul prevederilor legale în vigoare ale statelor lor și pe baza recomandărilor Conferinței Națiunilor Unite referitoare la turism și călătorii internaționale, Roma 1963, și a "Cartei turismului și codului turistului", Sofia 1955, ambele Părți Contractante vor contribui la dezvoltarea turismului.

/6

- (2) Cooperarea economică, industrială, tehnică, tehnico-științifică și profesională în realizarea proiectelor de turism precum și în extinderea infrastructurii corespunzătoare trebuie să se efectueze în baza principiilor ocrotirii mediului înconjurător și să fie orientată spre calitatea turismului.

A r t i c o l u l 6

Părțile Contractante sînt de părere comună că încheierea "Acordului între Republica Austria și Republica Moldova privind stimularea și protecția reciprocă a investițiilor" ar putea să contribuie considerabil la intensificarea relațiilor de economie externă între întreprinderile din ambelor state.

A r t i c o l u l 7

Plățile între Republica Austria și Republica Moldova se efectuează în valută liber convertibilă, în concordanța cu prevederile legale în vigoare ale fiecărui din cele două state.

A r t i c o l u l 8

- (1) Schimbul de mărfuri și cooperarea economică, industrială, tehnică și tehnico-științifică din cadrul acestui acord se efectuează pe baza comercială.

- (2) Comerțul dintre întreprinderile din cele două state se realizează la prețuri conform pieței.

A r t i c o l u l 9

- (1) Părțile Contractante inițiază consultări, de îndată ce, în comerțul dintre cele două Părți Contractante o marfă este importată în astfel de cantități sau la asemenea prețuri sau la astfel de condiții, încât cauzează sau amenință să cauzeze producătorilor interni ai mărfurilor similare sau nemijlocit concurente un prejudiciu considerabil.
- (2) Dacă pe parcursul consultărilor Părțile Contractante stabilesc de comun acord că există o situație din cele menționate în paragraful 1, exporturile vor fi limitate sau vor fi luate alte măsuri pentru a preveni sau a înlătura prejudiciul.
- (3) Dacă Părțile Contractante nu ajung la consens, Partea Contractantă care a solicitat consultările este liberă să limiteze importurile mărfii respective în măsura și pe durata necesară pentru prevenirea sau înlăturarea prejudiciului. În acest caz, cealaltă Parte Contractantă este în drept să deroge de la obligațiile sale față de prima Parte Contractantă într-un volum comercial aproximativ echivalent.
- (4) În cazurile în care o amânare ar cauza un prejudiciu considerabil, măsurile temporare pot fi adoptate fără consultări prealabile. În acest caz, acea Parte Con-

tractantă care a adoptat măsurile prealabile, aduce aceasta la cunoștința celeilalte Părți Contractante imediat și în scris. După aceea trebuie inițiate imediat consultările.

- (5) În alegerea măsurilor în conformitate cu prevederile acestui articol Părțile Contractante vor prefera măsurile, care ar prejudicia cel mai puțin funcționarea în continuare a acestui Acord.

A r t i c o l u l 1 0

Părțile Contractante recunosc utilitatea și necesitatea unei mai intense participări a întreprinderilor mici și mijlocii la relațiile economice externe bilaterale.

A r t i c o l u l 1 1

- (1) Părțile Contractante recomandă întreprinderilor soluționarea diferendelor în primul rând pe cale amiabilă de comun acord.
- (2) În cadrul prevederilor legale în vigoare în cele două state și pe baza convențiilor contractuale dintre întreprinderi, Părțile Contractante promovează:
- a) soluționarea diferendelor dintre întreprinderi în legătură cu operațiunile comerciale și de cooperare, precum și a celor în legătură cu constituirea de întreprinderi comune și investiții directe ale Părților Contractante prin instanțe de arbitraj.

37 der Beilagen

13

- 9 -

- b) aplicarea regulilor de arbitraj elaborate de către Comisia Națiunilor Unite pentru Dreptul Comercial Internațional (UNCITRAL) și recurgerea la o instanță de arbitraj a unui stat semnatar al Convenției privind recunoașterea și executarea deciziilor arbitrale străine, încheiată la New York în 1958.

A r t i c o l u l 1 2

Obligațiile juridice asumate de întreprinderile din ambele state în timpul valabilității prezentului Acord rămân neatinse după expirarea termenului de valabilitate sau după modificarea prezentului Acord.

A r t i c o l u l 1 3

- (1) Prin prezentul Acord se constituie "Comisia Mixta", care se va întruni la cererea uneia dintre Părțile Contractante, alternativ, în Austria și Moldova.
- (2) Printre principalele sarcini ale acestei Comisii Mixte sînt de menționat în special:
- a) analiza relațiilor economice externe bilaterale,
 - b) prezentarea de noi posibilități de promovare și dezvoltare a cooperării economice viitoare.

./10

- c) întocmirea de propuneri pentru îmbunătățirea condițiilor de colaborare economică, industrială, tehnică și tehnico-științifică dintre întreprinderile celor două state,
- d) prezentarea de recomandări în vederea aplicării prezentului Acord.

A r t i c o l u l 14

- (1) Odată cu intrarea în vigoare a participării uneia dintre Părțile Contractante sau a ambelor Părți Contractante la Spațiul Economic European (SEE) sau a aderării la Comunitățile Europene (CE) sau la o organizație consecutivă a acestora, Părțile Contractante nu sînt constrinse de acest Acord, decît în măsura în care acest lucru este incompatibil cu situația juridică rezultată din aceasta.
- (2) În acest caz Părțile Contractante vor defini în comun prevederile valabile în continuare ale prezentului Acord.

A r t i c o l u l 15

- (1) Prezentul Acord se încheie pe o durată de un an și se prelungește de fiecare dată încă pentru un an, dacă nu a fost denunțat în scris, pe cale diplomatică, de către una dintre Părțile Contractante cu trei luni înainte de expirarea termenului său de valabilitate.

37 der Beilagen

15

- 11 -

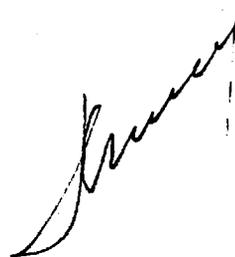
- (2) Prezentul Acord intră în vigoare în prima zi a celei de-a treia luni, care urmează lunii în care Părțile Contractante și-au comunicat reciproc că au fost îndeplinite cerințele lor interne pentru intrarea în vigoare a acestui Acord.

Încheiat la *Viena*, la dată de *18. 3.* 1993 în două exemplare originale, fiecare în limba română și germană, ambele texte fiind egal autentice.

PENTRU
REPUBLICA AUSTRIA



PENTRU
REPUBLICA MOLDOVA



VORBLATT

Problem:

In Hinblick darauf, daß mit dem Zerfall der Sowjetunion die Republik Moldova als neues Völkerrechtssubjekt entstanden ist, ergab sich die Notwendigkeit der vertraglichen Regelung der außenwirtschaftlichen Beziehungen zu diesem Staat.

Die moldawische Seite bestand in den Verhandlungen darauf, daß die offizielle Staatsbezeichnung „Republica Moldova“ ist und somit die korrekte Übersetzung des Staatsnamens demnach „Republik Moldova“ sei.

Die Republik Moldova ist noch nicht Vertragspartner des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT).

Ziel:

Mit dem Abkommen über die bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen soll einerseits der bilaterale Warenverkehr und andererseits auch die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der Republik Moldova geregelt und ausgeweitet werden.

Durch das Abkommen räumen die Republik Österreich und die Republik Moldova einander die Meistbegünstigung hinsichtlich der Zölle und sonstigen Abgaben im Umfang von Art. I und V Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (GATT) ein.

Alternative:

Ein vertragsfreier Zustand im wirtschaftlichen Bereich.

Kosten:

Das Abkommen kann im Rahmen der bestehenden Administration verwaltet werden. Durch die im Abkommen vorgesehene Errichtung einer „Gemischten Kommission“ werden keine nennenswerten Mehrkosten entstehen.

EWR- bzw. EG-Kompatibilität:

Im Abkommen ist vorgesehen, daß mit Rechtswirksamkeit der Teilnahme einer Vertragspartei am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) bzw. bei deren Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) jene Bestimmungen des Abkommens ihre Bindungswirkung für die Vertragsparteien verlieren, die mit dem neuen Rechtsbestand unvereinbar sind. Es entfällt somit die Notwendigkeit einer formellen Kündigung des Abkommens. Jene Bestimmungen, die mit dem neuen Rechtsbestand vereinbar sind, werden in einer Bestandsaufnahme durch die Vertragsparteien als weitergeltend identifiziert. Die in den Art. 3 und 4 des vorliegenden Abkommens vorgesehene Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, industriellen, technischen und technisch-wissenschaftlichen Bereich, so vor allem durch die Definition chancenreicher Kooperationsbereiche und Projekte, stellt eine notwendige Ergänzung der wirtschaftsvertraglichen Beziehungen zwischen den EG und Moldova, unter bewußter Inanspruchnahme des autonomen Regelungsbereiches, dar.

Erläuterungen

Allgemeiner Teil

Das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Moldova über die bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen enthält — wegen Einräumung der Meistbegünstigung an ein Nicht-GATT-Mitglied — gesetzändernde Bestimmungen und bedarf daher gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG der Genehmigung durch den Nationalrat. Es hat keinen politischen Charakter und ist der unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Bereich zugänglich, sodaß eine Erlassung von Gesetzen gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG nicht erforderlich ist. Einer Zustimmung des Bundesrates gemäß Art. 50 Abs. 1 zweiter Satz bedarf es nicht, da keine Angelegenheiten geregelt werden, die in den selbständigen Wirkungsbereich der Länder fallen.

Dieses Abkommen stellt die vertragliche Regelung der außenwirtschaftlichen Beziehungen zur Republik Moldova dar und soll eine günstige Voraussetzung und geeignete Grundlage zur Weiterentwicklung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen (Präambel) schaffen.

Obwohl die Republik Moldova nicht Mitglied des GATT ist, sieht das Abkommen, in Würdigung und zur Unterstützung der bisherigen politischen und wirtschaftlichen Reformbestrebungen, die Einräumung der „Meistbegünstigung“ im Umfang von Artikel I und V GATT vor.

„Von marktwirtschaftlichen Grundsätzen ausgehend“ (Präambel), wird dieses Abkommen nicht nur den Warenaustausch, sondern auch die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit regeln.

Zu dem im Abkommen wiederholt vorkommenden Begriff „technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit“ wird festgehalten, daß in der rumänischen Sprache und der seinerzeitigen Sowjetischen Rechtsterminologie traditionell „technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit“ als Synonym für „angewandte Forschung“ gebraucht wird. In diesem Sinne wurde gegenüber der moldawischen Seite klargestellt, daß in den vorliegenden Bestimmungen nur Kompetenzen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten berührt sind.

Besonderer Teil

Zur Präambel:

Neben allgemeinen Zielsetzungen, wie dem Wunsche nach Intensivierung der bestehenden bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen sowie dem Bestreben den Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit zu fördern und dem Bekenntnis zu marktwirtschaftlichen Grundsätzen, ist auch ein Rechtsvorbehalt zugunsten der „im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften“ verankert.

Zu Artikel 1:

In Fortführung des Bekenntnisses zu marktwirtschaftlichen Grundsätzen wird generell die Förderung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den „Unternehmen“ beider Staaten festgelegt.

Zu Artikel 2 (gesetzändernd):

Die Vertragsparteien gewähren einander im Abs. 1 die Meistbegünstigung im Umfang von Art. I und V des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT).

Im Abs. 2 sind die Ausnahmen vom Grundsatz der Meistbegünstigung festgelegt.

Zu Artikel 3:

Beispielhafte Anführung chancenreicher Kooperationsbereiche, wobei als Maßstab die „höchsten Standards der Umwelttechnologien“ normiert sind.

Zu Artikel 4:

Höchstes Interesse soll der Zusammenarbeit in den angeführten Infrastrukturbereichen gewidmet werden, in Hinblick auf die Verwirklichung wirtschaftlich vernünftiger und ökologisch vertretbarer Infrastruktursysteme.

Zu Artikel 5:

Beiderseitiges Bekenntnis zur Förderung des Tourismus im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften sowie der gemeinsamen internationalen Verpflichtungen der Vertragsparteien. Die Zusammenarbeit bei Tourismusprojekten sowie der Ausbau der entsprechenden Infrastruktur soll nach den Grundsätzen des Umweltschutzes erfolgen und auf die Qualität im Tourismus Bedacht nehmen.

Zu Artikel 6:

Beiderseitige Übereinstimmung über die Nützlichkeit des Abschlusses eines „Abkommen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen“ zur Intensivierung der Außenwirtschaftsbeziehungen.

Zu Artikel 7:

Der Zahlungsverkehr zwischen Österreich und Moldawien soll in frei konvertierbarer Währung erfolgen.

Zu Artikel 8:

Der Handel zwischen den Unternehmen beider Staaten soll zu marktgerechten Preisen erfolgen und ist in jeder beliebigen Form entsprechend den internationalen Handelsbräuchen und Finanzpraktiken möglich.

Zu Artikel 9:

Zur Vermeidung von Störungen am Inlandsmarkt sowie zum Schutz der inländischen Hersteller vor schwerwiegenden Schädigungen, ist bei auftretenden Schwierigkeiten im bilateralen Handel zunächst durch die Aufnahme von Konsultationen eine gemeinsame Lösung anzustreben. Wird in den Konsultationen keine Einigung erzielt, so kann die betroffene Vertragspartei einseitige Maßnahmen setzen, soweit diese zur Verhütung oder Beseitigung der Schädigung erforderlich sind, wobei die andere Vertragspartei dann ihrerseits die Möglichkeit hat, von ihren Verpflichtungen für ein im wesentlichen gleichwertiges Handelsvolumen abzuweichen.

Abs. 4 bietet die Möglichkeit der Ergreifung vorläufiger Maßnahmen ohne vorherige Konsultationen in Fällen, in denen ein Aufschub einen schwerwiegenden Schaden verursachen würde.

Für die Auswahl der Maßnahmen gilt das Prinzip des jeweils gelindesten Mittels.

Zu Artikel 10:

Beiderseitiges Bekenntnis der Notwendigkeit der stärkeren Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.

Zu Artikel 11:

Die Beilegung von Streitfällen zwischen den Unternehmen beider Staaten soll primär durch freundschaftliche Lösungen im beiderseitigen Einvernehmen erfolgen. Die Vertragsparteien werden die Streitbeilegung durch Schiedsgerichte und die Anwendung der UNCITRAL-Schiedsregeln fördern.

Zu Artikel 12:

Abkommensänderungen oder der Ablauf seiner Gültigkeit sollen auf die Abwicklung vorher abgeschlossener Unternehmensverträge keinen Einfluß haben.

Zu Artikel 13:

Als höchstes bilaterales Wirtschaftsforum wird eine „Gemischte Kommission“ errichtet, welche auf Vorschlag einer der beiden Vertragsparteien abwechselnd nach Österreich oder nach Moldova einberufen wird.

Zu Artikel 14:

Für den Fall der Teilnahme zumindest einer Vertragspartei am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) bzw. bei deren Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) ist vorgesehen, daß die Vertragsparteien durch das vorliegende Abkommen insofern nicht gebunden sind, als die bestehenden Verpflichtungen mit dem jeweils geltenden Rechtsbestand unvereinbar sind. Mit dieser Bestimmung entfällt die Notwendigkeit einer formellen Kündigung des Abkommens. Die Weitergeltung der Bestimmungen des Abkommens, die nicht vom EWR- bzw. vom EG-Rechtsbestand erfaßt sind, erfolgt durch die gemeinsame deklaratorische Feststellung der Vertragsparteien.

Zu Artikel 15:

Die Geltungsdauer des Abkommens wird mit einem Jahr festgelegt, mit automatischer Verlängerung um jeweils ein weiteres Jahr. Die Kündigungsfrist beträgt drei Monate jeweils vor Ablauf der Gültigkeit des Abkommens.